

KRISENGIPFEL DES EUROPARATS ZUR UKRAINE

Die Gunst der Stunde

Gianluca Wallisch

Es klingt schon fast makaber: Eigentlich war das Gipfeltreffen der Außenminister des Europarats in Wien für die 1949 gegründete Organisation ein Glücksfall. Diese älteste internationale politische Organisation des Kontinents soll die Demokratie stärken sowie Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit verteidigen. Das Problem: Man wird im täglichen Politgeschäft kaum wahrgenommen. Nun bot sich eine seltene Chance, diese wichtigen Prinzipien im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt auf der globalen Medienbühne zu betonen.

Natürlich kann auch der Europarat nicht zaubern, und so deutet auch nichts darauf hin, dass der Konflikt zwischen Kiew und Moskau kurzerhand diplomatisch gelöst werden könnte. Doch die Tatsache, dass rund 30 Außenminister, dutzende Diplomaten und mehr als 250 Journalisten nach Wien gekommen sind, ist ein Zeichen dafür, dass die internationale Gemeinschaft wirklich bemüht ist, jede noch so kleine Chance zu ergreifen, um Fortschritte zu erwirken. Dazu kann auch der „kleine“ Europarat beitragen – in diesem Fall vielleicht sogar besser als EU, OSZE oder Uno, allesamt kritisiert für ihre Form der Realpolitik.

Sollte der Europaratgipfel auch bloß dazu gedient haben, einen Weg zu weiteren, ernst gemeinten Gesprächen eröffnet zu haben, so hat die Organisation einen Erfolg erzielt – nicht nur zur Befriedung des Konflikts, sondern auch für die eigene politische Bedeutung.



Außenministerkurzbesuch

BOKO HARAMS VERBRECHEN

Falsche Zurückhaltung

Petra Stuiwer

Man kann es ausdrücken wie der britische Außenminister William Hague: Die Entführung der mehr als 200 überwiegend christlichen nigerianischen Schulmädchen durch die islamistische Terrorsekte Boko Haram ist „widerwärtig, ekelhaft“. In einem fast höhnisch anmutenden Bekennervideo sagte der Anführer der Truppe, man werde die Mädchen an heiratswillige muslimische Männer verkaufen – „es gibt einen Markt dafür“. Zynischer Zusatz: „By Allah“, schließlich will man einen islamischen „Gottesstaat“ errichten.

Diesen Markt gibt es in der Tat. Und dafür gibt es treffendere Worte als „widerwärtig“: Das ist Menschenhandel mit dem Ziel systematischer Vergewaltigung – ein schweres Verbrechen, noch dazu verübt im Namen der Religion.

Wo bleiben die hohen Würdenträger des Islam, die diese Verbrechen, am besten in einer gemeinsam verfassten Erklärung, scharf und unmissverständlich verurteilen? Boko Haram betreibt Religionsmissbrauch, und das sollten die Führungskräfte dieser Religion auch aussprechen. Noch dazu, wo zahlreiche praktizierende Musliminnen und Muslime Boko Haram längst, etwa via Online-Petition, Twitter oder Facebook, in die Schranken gewiesen haben.

Hier geht es auch darum, die böswillige Vermischung von Islam und Islamismus, die von westlichen Kulturkämpfern so gerne betrieben wird, offensiv zu unterbinden. Genau jetzt wäre die bestmögliche Gelegenheit dazu.

FUSSBALLRANDALE UND IHRE KOSTEN

Freikaufen ist keine Option

Sigi Lützwow

Dass dem Fußball zurechenbare Gewalttaten populistische Reflexe auslösen, ist nichts Neues. Und es ist durchaus verständlich, dass der Fiorentina-Tifoso Matteo Renzi, nachdem er in Begleitung seiner Kinder die Ausschreitungen anlässlich des italienischen Cupfinals zwischen Napoli und Fiorentina im Römer Olympiastadion miterlebt hat, die Vereine für das Verhalten ihrer Anhänger finanziell mitverantwortlich machen will.

Allerdings ist fraglich, ob sich der Wunsch des neuen Premierministers, Italiens Fußball gewaltbereiten Gruppierungen zu entwenden, um ihn den Familien wiederzugeben, schon dadurch erreichen lässt, dass man die Vereine an den Sicherheitsaufwendungen beteiligt. Tatsächlich werden die jährlichen Kosten für Polizeieinsätze rund um den Profifußball in Italien auf 45 Millionen Euro beziffert.

Um diese Summe, die der Steuerzahler zu tragen hat, bekommt der SSC Napoli – letztendlich ein mittelständisches Unternehmen – einen sehr guten Stürmer. Die Vereine könnten die Kosten dennoch stemmen, und sei es, wie üblich, auf Pump. Das hieße aber auch, sie aus der Verantwortung zu entlassen. Wer Polizisten wie Fußballer bezahlt, braucht sich der Konfrontation mit dem eigenen Anhang nicht mehr zu stellen. Entzieht man gewaltbereiten Gruppen die fußballerische Ausrede, bleibt die pure Kriminalität, die wirklich ein Fall für die Polizei ist. Sie zu entkleiden ist Aufgabe der Vereine – auch in Österreich.

Dem Shitstorm entgegensteuern

Eine Steuerreform könnte die Koalition retten – das geht nur mit Gegenfinanzierung

Gerald John

Erst den Leuten den Mund wässrig machen, dann sie verhungern lassen: So speist die Regierung jene Wähler ab, die das Versprechen der Steuersenkung ernst nahmen. Finanzminister Michael Spindelegger will nicht, solange nicht Wirtschaftsboom, Föderalismusreform oder ein anderes Wunder Geld in die Kasse spülen. Kanzler Werner Faymann traut sich nicht, weil ein Insistieren auf einer Vermögenssteuer zur Gegenfinanzierung des Koalitionsfriedens gefährden könnte – auch wenn dieser allmählich an Grabesruhe gemahnt.

Die Zores dafür werden beide ernten. Man muss ja nicht wie der Ökonom Friedrich Schneider einen Volksaufstand an die Wand malen, doch aus dem permanenten Shitstorm kommt die Koalition so nicht heraus. Natürlich lässt sich im Handumdrehen kein kluges Konzept erstellen, aber ein straffer Zeitplan mit konkreten Zielen wäre das Mindeste, um Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Denn es gibt Alternativen zum Warten auf bessere Jahre und (angekündigte) Strukturreformen mit langer Vorlaufzeit, sofern die Regierung nicht einer Illusion erliegt: es allen recht machen zu können.

Potenzial schlummert im Steuersystem selbst. Die Umsatzsteuer ist von Ermäßigungen durchlöcherter, dazu gesellen sich mehr als 550 Begünstigungen im Einkommenssteuerrecht – mit so absurden Ausreißern wie dem ökologisch fatalen Dienstwagenprivileg, das zuletzt wieder nur homöopathisch beschnitten wurde. Für jeden Vorteil wird sich eine Lobby ins Zeug legen, doch das gemeinsame Ziel – eine Senkung des leistungsfeindlichen hohen Eingangsteuersatzes im Gegenzug – sollte der Koalition ein Wickel wert sein.

Mit dem Streichen mancher Ausnahmen ist es aber nicht getan. Will die Koalition Arbeit vor dem Sankt-Nimmerleins-Tag entlasten, wird sie angesichts von Hypo-Kosten und Nulldefizitgebot der EU nicht umhinkommen, andere Steuern anzuheben. Die viel beklagte Abgabenquote bliebe dann zwar auf insgesamt hohem Niveau, doch dieser Wert sagt ohnehin wenig über die finanzpolitische Vernunft eines Staates aus. Einsparungen sind an vielerorts nötig, aber nicht per se sinnvoller als Steuererhöhungen – es kommt drauf an, wer oder was belastet wird: Es wäre ein schlechter Deal, etwa Umweltförderungen zu

kürzen, nur um aus Rücksicht auf die Quote auf höhere Ökosteuern zu verzichten. Selbige liegen in Österreich ohnehin unter dem EU-Schnitt.

Viel mehr trifft das noch auf Vermögenssteuern zu, die weit wachstumsfreundlicher als die überstrapazierte Einkommenssteuer sind. Der Behauptung, dass diese mit mittelstandsverträglichen Freibeträgen nur Peanuts brächten, widersprechen Studien, die nicht von den üblichen rot-grünen Verdächtigen in Auftrag gegeben wurden. Und selbst wenn der Erlös überschätzt wird: Mit Erbschaftssteuer und einer aufgefütteten Grundsteuer

geht sich eine Arbeitsentlastung allemal leichter aus als ohne.

Für Faymann birgt der allgemeine Unmut deshalb eine Chance. Der SPÖ-Chef müsste den von den Medien über die Expertenschaft bis zu den eigenen Genossen ertönten Ruf nach einer Steuerreform nützen, um die Maximalposition seines Widerparts – keine Gegenfinanzierung – zu untergraben. Komfortabel ist diese ohnehin nicht: Dass Spindelegger vier Millionen Einkommensteuerzahler vertröstet, um 80.000 Betuchte vor der roten „Millionärsteuer“ zu schützen, werden auch nicht alle ÖVP-Wähler verstehen.

KOPF DES TAGES

Der Bioriesling, der es an die Weltpitze schafft



100 Punkte für Topwein vom Nikolaihof.

Foto: Anna Marie Lun

gebirge“ genannt, der seit 511 in historischen Schriften als Weingarten geführt wird. Der Boden bietet jene „leichten“ und kargen Bedingungen, unter denen Riesling zur Hochform aufläuft. Dazu kommt jahrzehntelange biodynamische Arbeitsweise, die sich aus ökonomischer Notwendigkeit ergab: Als Vater Saahs 1960 übernahm, erzählt Nikolaus Saahs, war „einfach nichts da, vor allem kein Geld“ für das, was damals an Hilfsmitteln in Mode kam. 1971 kam Mutter Christine auf den Hof, die durch ihre Freundschaft mit einer anthroposophisch arbeitenden Kinderärztin mit den Methoden Rudolf Steiners bekannt gemacht wurde. Dies

führte zur Biodynamie nach Demeter. Dass der Riesling so lange im 3000-Liter-Eichenfass reifte, liegt daran, dass man am Nikolaihof nicht am „Je jünger ein Wein, desto lieber“-Spiel teilnimmt. Dahinter steckt Qualitäts- und Sicherheitsdenken, so Saahs junior: „Weine brauchen Zeit. Und wenn es zu Ausfällen kommt, sind Jahrgänge da, die man verkaufen kann.“ Seit 1990 zweigt man Teile des besten Fasses ab und belässt sie dort, bis sich der Familienrat einig ist, dass der Wein perfekt ist. Dann wird er als „Vinothek“ gefüllt – in diesem Fall nach 17 Jahren. Sein Preis pro Flasche: Rund 125 Euro. Luzia Schrampp